Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 7-8

Artikel: Ordnungsruf von links
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337942

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dr. Richard Lienhard

Ordnungsruf von links

Im Vorfeld der zürcherischen Regierungsratswahlen hatte Nationalrat Ueli Götsch in einem Grundsatzreferat den Versuch unternommen, den Standort der Sozialdemokratischen Partei neu zu bestimmen. Emil H. Walter hat jüngst im «Profil» unter dem Titel «Ansätze zu einem ‹neuen Start› der Sozialdemokratie» Ueli Götschs gesellschaftspolitische Zielsetzungen einer vielbeachteten kritischen Prüfung unterzogen. Im Leitartikel der vorliegenden Nummer befasst sich nun der Chefredaktor der bekannten österreichischen Halbmonatsschrift «Die Zukunft» eingehend mit Ueli Götschs «dynamisch-pluralistischer Gesellschaft». Karl Czernetz, der mit Nationalrat Ueli Götsch scharf ins Gericht geht, kommt mit überzeugenden Argumenten zum Schluss, dass der Pluralismus nichts anderes darstelle als eine Leerformel. Die gleiche Auffassung vertrat kürzlich der Chefredaktor der Berner «Tagwacht», Kurt Schweizer, der mit Recht darauf hinwies, dass mit dem Begriff der pluralistischen Gesellschaft zuviel «Geistesakrobatik» getrieben werde.

Schulterschluss nach rechts?

Wie immer man sich zur Kritik an Ueli Götschs Modell einer dynamisch-pluralistischen Gesellschaft stellen mag, so muss doch die Frage aufgeworfen werden, ob sein Grundsatzreferat als Plattform für einen Wahlkampf geeignet war. Es dürfte ausser Zweifel stehen, dass der überwiegende Teil des Parteivolkes mit diesem Referat nichts anzufangen wusste. Die im «Volksrecht» geführte Diskussion trug jedenfalls nicht zur Klärung der aufgeworfenen Fragen bei. Im Gegenteil: die Verwirrung in der Mitgliedschaft war bald allgemein. Es zeigte sich nämlich, dass jeder Diskussionsteilnehmer unter «Pluralismus» etwas anderes verstand. Als das «Volksrecht» das umfangreiche Grundsatzreferat in mehreren Fortsetzungen veröffentlichte, wurde immer offensichtlicher, wie sehr sich der eilige Leser der Tagespresse überfordert fühlte. Der Redaktion entglitt die Führung der Diskussion, so dass schliesslich Ueli Götsch selbst als Zensor auftreten musste. Das Resultat der ganzen – mehr der Desintegration dienenden – Auseinandersetzung war eine ideologische Unsicherheit und eine Verärgerung in weiten Kreisen der älteren Parteifreunde, die «Verrat» an den Grundsätzen der Partei witterten. Aber auch in den Reihen der unvoreingenommenen «Jungen» waren kritische Stimmen zu vernehmen. Bezeichnend ist zum Beispiel, was ein Vertreter der jungen Generation unter dem Titel «Kapitulation der Hoffnung» notierte: «Wenn unsere politische Linie tatsächlich nicht mehr wesentlich von derjenigen der bürgerlichen Parteien abweicht, wenn wir in falschem Vertrauen auf den politischen Pragmatismus vergessen, dass unsere Ziele grundsätzlich viel weiter gehen und eine tiefgreifende Umgestaltung des politischen, wirtschaftlichen und

sozialen Lebens erfordern, dann haben wir kapituliert.» Und in der Tat lässt sich fragen, ob das Grundsatzreferat von Ueli Götsch nicht eher als eine Standortsbestimmung für eine linksbürgerliche Volkspartei anzusprechen ist. Da die ganze Pluralismus-Ideologie letztlich den Status quo bejaht, ist sie eben konservativer Natur. In der NZZ konnte ja auch prompt nachgelesen werden, dass hinsichtlich des Verständnisses der Demokratie zwischen Liberalismus und pluralistischem Sozialismus keine Differenz mehr bestehe.[1] Die NZZ liess sich sodann die Schlussfolgerung nicht entgehen: die sozialdemokratischen «Pluralisten» müssten nun inskünftig, um glaubwürdig zu erscheinen, Forderungen nach Ausbau des Sozialrechts, wie zum Beispiel des Bodenrechts oder des Mietrechts, aufgeben. Dass solche Auseinandersetzungen der Wahlkampfstimmung des sozialdemokratischen Parteivolkes nicht förderlich waren, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden. Hier muss nun gerade die theoretische Zeitschrift mit ihrer Kritik einsetzen: Ich halte es als völlig verfehlt, dass man mit dem Versuch von Formulierungen neuer gesellschaftlicher Zielvorstellungen direkt an die breite Öffentlichkeit gelangt. Solchem Unternehmen hat zunächst die theoretische Zeitschrift zu dienen. Sie ist die geeignete Arena des geistigen Ringens um die Neugestaltung des sozialistischen Gesellschaftsbildes. Hält hier nach eingehender Diskussion die Formulierung neuer Zielvorstellungen näherer Prüfung stand, so ist der Zeitpunkt für eine breitere parteiinterne Diskussion gekommen. Das Resultat der parteiinternen Auseinandersetzung soll dann den Niederschlag im Parteiprogramm finden. Allein schon aus diesen Überlegungen wäre es gegeben gewesen, dass Ueli Götsch seine Thesen etwa im «Profil» verfochten hätte. Abgesehen davon war es keineswegs zwingend, dass er sich mit seinen zwar undogmatischen, aber doch mehr theoretischen Thesen direkt an das Parteivolk wandte. Wenn man berücksichtigt, dass sich sowohl die angestammten wie die potentiellen Wähler der SP insbesondere vor Wahlen in erster Linie um Fragen der Tagespolitik kümmern, wäre nichts naheliegender gewesen, als dass er als kantonaler Parteisekretär in einem sozialdemokratischen Manifest die eigentlichen Alternativen sozialdemokratischer Politik im Kanton Zürich aufzuzeigen versucht hätte. Dabei wäre offensichtlich geworden, wie viele dringende Gemeinschaftsaufgaben im Kanton Zürich ihrer Lösung harren und welchen Beitrag man gerade von der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich erwartet. Gewiss hätte sich der Parteisekretär mit einem solchen Unternehmen stärker exponiert. Diese Risikofreude hätte aber seiner These entsprochen, die er gleichsam als Quintessenz seines Grundsatzreferates aufgestellt hatte: nämlich, dass die Sozialdemokratische Partei die Rolle eines Hechts im Karpfenteich übernehmen müsse. Ein solch praktisch orientiertes sozialdemokratisches Manifest dürfte denn auch leicht die Grenzen der Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen aufzeigen. Ueli Götsch hat den umgekehrten Weg eingeschlagen, indem er in seinem Grundsatzreferat die Zusammenarbeit mit andern politischen Gruppen propagierte. Das heisst mit andern

[1] Vgl. NZZ vom 15. Januar 1967.

Worten «Schulterschluss nach rechts», wie Dr. Häberlin in der NZZ richtig bemerkte. Ob und wieweit die Sozialdemokratische Partei mit einer anderen politischen Gruppe zusammenarbeiten könnte, liesse sich allein auf Grund eines gemeinsam erarbeiteten Minimalprogrammes entscheiden. Solange keine Anhaltspunkte für eine solche Möglichkeit der Zusammenarbeit in grundsätzlichen Fragen bestehen, bleibt die Forderung nach Zusammenarbeit mit Parteien links der Mitte illusorisch und gehört deshalb auch nicht in ein Grundsatzreferat. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, dass die zwischen Sozialdemokratie und Freisinn segelnden Parteien nicht einmal in der Lage waren, die sehr gemässigte Bodeninitiative zu unterstützen. In der «Volksrecht»-Diskussion über das umstrittene Grundsatzreferat gab denn auch ein Vertreter der jüngeren Generation mit Recht zu bedenken:

> «Man möchte wirklich wählen können zwischen zwei Prinzipien, nicht nur zwischen Parteien, die mehr oder weniger das gleiche fordern, wobei sich diese Forderungen nur in der Lautstärke unterscheiden. Hier scheint mir für die Zukunft ein Ansatzpunkt für die politische Arbeit zu liegen: wieder radikaler werden, bewusst angriffig und kämpferisch, wieder eine wirkliche Alternative zur bürgerlichen Politik bieten, das heisst, die Wähler aus eigener Kraft und durch das Beispiel überzeugender Leistungen zu mobilisieren versuchen, nicht auf dem Umweg über Wahlbündnisse.»[2]

Es ist kein Geheimnis, dass Nationalrat Ueli Götsch vor allem ein Zusammengehen mit dem Landesring vorschwebt. Bei aller Anerkennung der Leistungen, welche die hinter dem Landesring stehenden Organisationen aufzuweisen vermögen, ist doch unverkennbar, dass der Landesring in politischen Grundsatzfragen eine konservative Linie einhält. Nachdem Ueli Götsch in seinem Kommentar zum Ausgang der Kantons- und Regierungsratswahlen sogar noch seiner Freude über den Sieg des Landesrings Ausdruck gab, ist der Ordnungsruf von links fällig geworden.

Freilich muss Ueli Götsch zugestanden werden: sein Grundsatzreferat wirkt geradezu revolutionär im Vergleich zu Ulrich Kägis im «Volksrecht» veröffentlichtem Exposé «Sozialismus heute». Es fragt sich, ob dieser Titel die Sache trifft. Hätte es nicht zutreffender heissen müssen:

Requiem in Rot?

Als ich die in Tröpfeldosen verabreichten Thesen Ulrich Kägis las, fragte ich mich, ob Sacher-Masoch – nach dem der Masochismus benannt wird – nicht doch ein Zürcher gewesen sei. Es handelte sich nämlich bei der genannten Abhandlung über «Sozialismus heute» um nichts anderes als um ein «Lob des Kapitalismus», wie die NZZ zutreffend bemerkte. «Es ist», so führte Ulrich Kägi unter anderem aus, «den Sozialisten nicht gelungen, dem Kapitalismus eine wirkliche und brauchbare Alternative gegenüberzustellen. Sollte dieses Eingeständnis verschwiegen werden, weil es jeden Sozialisten zutiefst

[2] Hans Oppliger in «Das Ziel: Verwirklichung des Parteiprogramms» (Volksrecht, 69. Jahrgang, Nr. 176).

schmerzt und erschüttert?» Kägi sieht denn auch im Kapitalismus «die dem Industriezeitalter am besten angepasste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung». Nun hatte die freisinnige Presse Anlass genug zu triumphieren. Die NZZ bescheinigte Kägi prompt «seine positive Würdigung des Kapitalismus» und verband damit die vielsagende Bemerkung, so etwas habe man in letzter Zeit sogar selten von Vertretern der freien Marktwirtschaft zu hören bekommen. Und dies geschah wohlgesagt im Vorfeld der zürcherischen Kantons- und Regierungsratswahlen! Durch dieses sozialdemokratische Eigentor waren nun die freisinnigen Wahlmanager um einen willkommenen Schlager bereichert. Die Frage an die Wähler lautete: «Zum Teufel, wozu brauchen wir denn noch Sozialdemokraten?» Ulrich Kägi hatte zwar diese Frage in seinem Exposé vorsorglicherweise beantwortet: «Allen Menschen dieser Erde Essen, Wasser, Kleider, Obdach, Schulung, ärztliche Betreuung und gleiche Chance im Leben schaffen. Friede und Achtung der Menschenwürde.» So sagte es auch alt Stadtpräsident Dr. Landolt im Gespräch mit dem Gemeinderat, nur mit etwas anderen Worten: «Sind lieb mitenand.» Doch Spass beiseite, wo es – um mit dem ehemaligen Bundesrat und Chefredaktor des «Volksrechts», Ernst Nobs, zu sprechen – doch eher zum Heulen ist. In der Tat zielt Ulrich Kägis Artikelserie völlig an der Wirklichkeit vorbei. Er mag einwenden, er habe mit seinen zugespitzten Formulierungen «provozieren» wollen. Diese Art von «Grundsatzartikeln» vermag mich indessen nicht zu provozieren, sondern geht mir auf die Nerven. Anstatt der NZZ Stoff für Gespensterschlachten zu liefern, wäre es fruchtbarer gewesen, wenn Ulrich Kägi in einer theoretischen Zeitschrift zu einer Grundsatzdiskussion Anlass gegeben hätte. Ich denke dabei vor allem an die Frage, die sich auf Grund von Kägis Artikelserie stellen muss: Hat sich in den letzten Jahrzehnten der Liberalismus stärker dem Sozialismus angenähert oder umgekehrt? Professor Max Weber hat einmal in einer öffentlichen Veranstaltung in Zürich gegenüber Dr. Häberlin die wohl zutreffende Auffassung vertreten, dass sich die beidseitigen Zugeständnisse die Waage halten dürften. Wer behauptet denn schon im Ernst, die Pioniere des Sozialismus hätten immer alles recht gemacht? Sowohl der Liberalismus als auch der Sozialismus vertreten ein Stück Wahrheit. Ohne diese Wahrheit hätten sie sich im Wandel der Zeit nicht halten können. Aus wohltuender Distanz können wir am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland erkennen, dass beim Aufbau ihrer Wirtschaft die liberalen Kräfte zweifellos massgebend mitgewirkt haben. Als es aber um die Ordnung der Wirtschaft ging, versagte der Liberalismus, weil – nun zitiere ich Prof. Dr. Salin (Basel) – «das Gespenst des Dirigismus jede konstruktive Wirtschaftspolitik ausschloss und weil das Modelldenken einen Einblick in die Vielgestaltigkeit und Vielgestaltbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung verwehrte».[3] So erklärt sich denn auch, weshalb die Regierung Erhard Schiffbruch erlitten hat und die SPD an das Krankenlager der liberalen Marktwirtschaft gerufen werden musste. Die

[3] Vgl. Prof. Salin: «Die Konzentration in der Wirtschaft», Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 22.

liberale Wirtschaftsordnung, will sie überleben, muss immer mehr «planwirtschaftliche Konzepte aus dem Instrumentarium des Sozialismus» (vgl. Czernetz) übernehmen. Dies wissen die Vertreter des Liberalismus nur zu gut. Darum entschlüpfte auch der NZZ die Bemerkung, nicht einmal der Vertreter der freien Wirtschaft würde in der Verteidigung des Kapitalismus so weit gehen wie Ulrich Kägi. Die Auffassung Kägis, der Kapitalismus habe sich als die bessere wirtschaftliche Ordnungsmacht erwiesen, grenzt an politische Schizophrenie. Der Ordnungsruf von links ist deshalb überfällig geworden. Dieser Ruf drängt sich um so mehr auf, als Ulrich Kägi nicht überall so liberal ist, wie er es gerne wahrhaben möchte. So versah er unlängst, zum Missvergnügen zahlreicher Leser, einen Artikel des Redaktionskollegen Dr. H. R. Hilty mit einem in autoritärem Ton gehaltenen Kommentar. Auch ist es im wesentlichen auf das Verhalten von Ulrich Kägi zurückzuführen, dass dem Redaktor Dr. Hilty die Veröffentlichung der sehr geschätzten und nun vermissten Montagskolumne verunmöglicht wurde. Wie wenn Kägi noch nie etwas von dem liberalen Grundsatz gehört hätte: «Ich teile Ihre Auffassung nicht; aber ich werde das Recht, sie zu äussern, mit meinem Leben verteidigen.» Auch ich teilte die Auffassung Hiltys in der umstrittenen Montagskolumne nicht; aber ich halte dafür: was für den «Rechtsabweichler» Ulrich Kägi recht ist, muss für den «Linksabweichler» H. R. Hilty billig sein. Nachdem Ulrich Kägi zum milden Empfänger liberaler Auffassungen geworden ist, soll er nach allen Seiten offen sein, sofern sich sein Gesinnungswandel auch innerlich vollzogen hat.

Bern, du hast es besser

Solche Fehlleistungen im Vorfeld eines Wahlkampfes wären meines Erachtens zum Beispiel in Bern undenkbar. Dafür garantierte schon die Berner «Tagwacht», über die ich mir als Abonnent ein Urteil erlauben darf: sie ist ein Gesinnungsblatt, wie ich es mir als Sprachrohr einer sozialdemokratischen Partei lobe. Es ist Chefredaktor Kurt Schweizer und seinen Mitarbeitern gelungen, eine Zeitung mit erfreulich klarer politischer Linie zu schaffen. Spürbar ist hier eine Führungskraft, auf welche gerade die Gesinnungspresse nicht verzichten kann, wenn sie nicht Gefahr laufen will, der Desintegration statt der Integration zu dienen. Kurt Schweizer profitiert auch davon, dass Behördemitglieder – vor allem von der Exekutive der Stadt Bern – wertvolle Mitarbeit leisten und auf diese Weise immer wieder direkt mit dem Bürger in Kontakt treten. Ich denke da vor allem an die profilierten Beiträge von Gemeinderat Fritz Grütter oder von Stadtpräsident Dr. Tschäppät. Wer sich sodann in der Limmatstadt über volkswirtschaftliche Zusammenhänge aus sozialdemokratischer Sicht orientieren will, muss die Berner «Tagwacht» mit den wertvollen Beiträgen aus der Feder von Prof. Max Weber und Prof. Marbach zur Hand nehmen. Auch kann der Zürcher als objektiver Leser der «Tagwacht» nicht übersehen, dass hier grundsätzliche Fragen der eidgenössischen Politik mutiger und an-

griffiger behandelt werden. Als Beispiel sei nur der konsequente Kampf um das Recht des Mieters angeführt. Um so eher darf es sich die Redaktion der «Tagwacht» leisten, auf «Geistesakrobatik», auf den Streit um Modeworte und auf Gespensterschlachten zu verzichten. Es war somit kein Zufall, dass die Berner Sozialdemokraten den Kampf um das Stadtpräsidium zu ihren Gunsten entscheiden konnten.

So möchte ich mir wünschen, dass man in Zürich hier und dort die «Tagwacht» zum Vorbild wählt; denn auch in der Limmatstadt sollte man nicht vergessen: eine «Tschäppät-Wahl» kommt nicht von selbst.

J. W. Brügel (London)

Die Stahlverstaatlichung in Grossbritannien

Die Labourregierung der Jahre 1945–1951 hatte ein umfangreiches Verstaatlichungsprogramm und hat es bis zum letzten Buchstaben in die Tat umgesetzt. Sie hat die bis dahin in privaten Händen befindlichen Kohlengruben und die Eisenbahnen in die öffentliche Hand übergeführt, sie hat den Strassengüterverkehr verstaatlicht, die Erzeugung von Gas und Elektrizität in den Händen je einer öffentlichen Korporation vereinigt und schliesslich die gesamte Eisen- und Stahlerzeugung einer solchen öffentlichen, von privatem Gewinnstreben freien Korporation überantwortet. Die konservativen Regierungen, die dann zur Macht kamen, haben sich gehütet, das alles wieder umzustossen. Sie haben sich lediglich darauf beschränkt, die Eisen- und Stahlerzeugung und den Güterverkehr auf den Strassen zu reprivatisieren oder doch mindestens die Voraussetzungen dazu zu schaffen. Es hat lange gebraucht, ehe dieser Reprivatisierungsprozess in Gang kam, und ganz abgeschlossen wurde er nie: ein Teil des Lastwagenparks und ein grosses Stahlwerk erwiesen sich als unabstossbar. Es war einfach kein privates Interesse daran, und in diesen Fällen ging der verstaatlichte Betrieb weiter.

Die Labourregierung Harold Wilsons, die im Oktober 1964 gewählt und im März 1966 mit grosser Mehrheit im Amt bestätigt wurde, hat sich im Sektor Verstaatlichung ein weit bescheideneres Programm gegeben: sie wollte nur die Eisen- und Stahlerzeugung wieder in öffentliche Hände überführen. Zwischen Oktober 1964 und März 1966, als die Regierung nur eine Mehrheit von drei Parlamentssitzen hatte, konnte eine so komplizierte Vorlage im Parlament nicht durchgebracht werden. Jetzt, da Labour eine ausreichende Mehrheit hat, ist das betreffende Gesetz ohne viel Aufhebens vom Parlament verabschiedet worden. Deutet die Beschränkung auf diesen einen Programmpunkt darauf hin, dass sich, einer Modeströmung folgend, auch die britische Labour Party